



OFFENER BRIEF

an Vizekanzler und Medienminister Andreas Babler und die Mitglieder der österreichischen Bundesregierung sowie die medienpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Regierungsparteien im Parlament

Die geplante Streamingabgabe gefährdet Medienvielfalt, Arbeitsplätze, Investitionen und die digitale Souveränität Österreichs

Wien, am 8. Juni 2026

Sehr geehrter Herr Vizekanzler,
sehr geehrte Mitglieder der Bundesregierung,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete zum Nationalrat,

wir wenden uns heute gemeinsam an Sie, weil wir Ihre Pläne zur Einführung einer Streamingabgabe für audiovisuelle Mediendienste mit großer Besorgnis verfolgen.

In der öffentlichen Debatte wird derzeit der Eindruck erweckt, als würde damit ausschließlich ein Beitrag großer internationaler Streamingplattformen zur Finanzierung des Filmstandorts Österreich eingefordert werden. Die Realität sieht jedoch anders aus.

Die geplante Abgabe würde in erheblichem Ausmaß auch österreichische Fernsehsender und Abrufdienste treffen – also genau jene Unternehmen, die in Österreich investieren, Arbeitsplätze schaffen, heimische Inhalte produzieren, österreichischen Sport finanzieren und einen wesentlichen Beitrag zur Medienvielfalt und zur demokratischen Öffentlichkeit leisten.

Nach Berechnungen des Verbands Österreichischer Privatsender würden private Medien durch die geplante Streamingabgabe mit mindestens 20 Millionen Euro jährlich zusätzlich belastet werden. Diese Belastung käme zum denkbar schlechtesten Zeitpunkt.

Die audiovisuelle Medienbranche befindet sich europaweit in einem historischen Strukturwandel. Seit Jahren fließen Milliarden an Werbegeldern und Nutzungszeiten von europäischen Medienunternehmen zu globalen Plattformen und Digitalkonzernen ab. Gleichzeitig steigen die Kosten für Inhalte, Technologie und Rechte kontinuierlich.

Doch gerade in der aktuellen Situation sind starke österreichische Medien unverzichtbar. Wenn wir nicht vollständig von einigen wenigen globalen Plattformen abhängig werden wollen, sind leistungsfähige Alternativen notwendig. Investitionen in Journalismus, Unterhaltung, Sportrechte, Technologie und Digitalisierung setzen wirtschaftliche Stärke voraus.

„Es ist entscheidend, die österreichischen Medien jetzt zu stärken. Sie brauchen Investitionskraft für Programme und Digitalisierung, statt in wirtschaftlich schwierigen Zeiten weiter zusätzlich belastet zu werden. Dieser Kollateralschaden für heimische Medienhäuser und wertvolle österreichische Arbeitsplätze ist mir unbegreiflich.“

Bernhard Albrecht, Co-CEO ProSiebenSat.1 PULS 4 Gruppe

In Österreich und in Europa wird derzeit intensiv über strategische und digitale Souveränität diskutiert. Diese Debatte darf sich nicht auf Energie, Technologie oder Verteidigung beschränken. Sie betrifft auch die Medien. Wer mediale Unabhängigkeit sichern will, braucht starke Medienunternehmen als Gegengewicht zu globalen Plattformen.

Die geplante Streamingabgabe bewirkt jedoch das Gegenteil: Sie belastet jene Medienunternehmen in Österreich, die täglich im Wettbewerb mit internationalen Plattformen stehen. Jeder Euro, der diesen Unternehmen entzogen wird, schwächt ihre Investitionskraft und stärkt letztlich die Marktposition globaler Anbieter.

Wir vertreten die größten privaten audiovisuellen Medienunternehmen Österreichs. Wir investieren jedes Jahr Millionenbeträge in Journalismus, Sport, technologische Innovation sowie tausende direkte und indirekte Arbeitsplätze. Gerade deshalb trifft uns die geplante Streamingabgabe wesentlich stärker als viele globale Plattformen: Denn jeder Euro, den wir hier erwirtschaften, wird zu einem erheblichen Teil wieder in Österreich investiert – in Redaktionen, Studios, Produktionen, Infrastruktur, Innovation und lokale Wertschöpfung.

Besonders alarmierend ist, dass ausgerechnet unser wichtigstes Zukunftsfeld belastet werden soll. Streaming, digitale Abrufdienste und IP-basierte Verbreitung sind die Zukunft der Mediennutzung. Wer diese Geschäftsmodelle zusätzlich besteuert, schwächt genau jene Investitionen, die österreichische Medienunternehmen für ihre digitale Transformation benötigen.

Während Politik und Wirtschaft überall über Digitalisierung und Wettbewerbsfähigkeit sprechen, soll also ausgerechnet die digitale Zukunft des Medienstandorts Österreich mit einer Sonderabgabe belastet werden. Das ist ein fundamentaler Widerspruch.

Die Folgen dieser Maßnahme wären unmittelbar spürbar: weniger Investitionen, weniger Produktionen, weniger Arbeitsplätze, weniger Innovation und letztlich weniger österreichische Inhalte und Medienvielfalt.

„Eine Streamingabgabe würde den Medienstandort massiv schwächen und genau das einschränken, was die Zuseherinnen und Zuseher am meisten schätzen: starke lokale Inhalte. Sky investiert jährlich hohe zweistellige Millionenbeträge in den österreichischen Markt und sichert Hunderte Arbeitsplätze. Außerdem tragen wir erheblich dazu bei, dass Sportveranstaltungen, die die kulturelle Identität prägen – wie die österreichische Bundesliga – für die Fans erlebbar bleiben. Eine nachhaltige Medienpolitik sollte die Verfügbarkeit hochwertiger lokaler Inhalte stärken und darf sie nicht untergraben.“

Caterina Preti, Managing Director Sky Österreich

Die Streamingabgabe trifft nicht nur Medienunternehmen. Sie trifft letztlich auch das Publikum. Das Angebot an österreichischen Nachrichten, regionaler Berichterstattung, heimischer Unterhaltung und österreichischem Sport würde unweigerlich eingeschränkt werden.

Die geplante Streamingabgabe ist daher nicht nur ein Eingriff in den Medienmarkt. Sie ist auch ein Eingriff in die Vielfalt jener Inhalte, die den gesellschaftlichen Diskurs, die kulturelle Identität und den demokratischen Zusammenhalt unseres Landes prägen.

Darüber hinaus stellen sich grundlegende Fragen nach Sinn, Verhältnismäßigkeit und Zielsetzung dieses Eingriffs. Österreich verfügt bereits heute über eines der attraktivsten Fördersysteme für Filmproduktionen. Gleichzeitig werden österreichische Produzenten künftig von zusätzlichen Investitionen profitieren, die



durch neue Investitionsverpflichtungen in anderen Märkten – insbesondere Deutschland – ausgelöst werden.

Vor diesem Hintergrund fragen wir uns, welcher wirtschaftliche Mehrwert einen derart tiefgreifenden Eingriff in einen bereits massiv unter Druck stehenden Medienmarkt rechtfertigt, und warum soll ausgerechnet jener Sektor belastet werden, der selbst ein zentraler Bestandteil der österreichischen Kreativ-, Kultur- und Medienwirtschaft ist.

Wir unterstützen die Förderung österreichischer Filmproduktionen. Filmförderung ist eine wichtige kultur- und wirtschaftspolitische Aufgabe. Sie sollte jedoch aus allgemeinen öffentlichen Mitteln finanziert werden und nicht durch eine Sondersteuer auf einen Wirtschaftszweig, der selbst unter enormem Wettbewerbsdruck steht und bereits heute erhebliche Beiträge zur Finanzierung österreichischer Inhalte leistet.

„Seit über 40 Jahren zählt CANAL+ zu den stärksten Förderern des europäischen Kinos und wir haben in den letzten 15 Jahren kontinuierlich in den österreichischen Markt investiert. Die geplante zusätzliche Steuer würde unsere Möglichkeiten, weiterhin zur Entwicklung einer vielfältigen Medien- und Kreativwirtschaft in Österreich beizutragen ernsthaft gefährden.“

Peter Kail, CEO CANAL+ Österreich

Die nun anstehenden Entscheidungen werden den österreichischen Medienmarkt für viele Jahre prägen. Es geht dabei um die Frage, ob österreichische Medienanbieter im Wettbewerb mit globalen Plattformen gestärkt oder geschwächt werden sollen. Und darum, ob langfristige Schäden für Medien- und Programmvielfalt, Beschäftigung, Souveränität und Wettbewerbsfähigkeit in Kauf genommen werden, anstatt vielmehr in die digitale Zukunft des österreichischen Medienstandorts zu investieren.

Wir appellieren daher eindringlich an Sie, die Pläne für eine Streamingabgabe grundlegend zu überdenken und gemeinsam mit unserer Branche tragfähige Lösungen zu entwickeln, die Medienvielfalt, Arbeitsplätze und digitale Souveränität stärken statt gefährden.

Die Zukunft der österreichischen Medien darf nicht durch einen politischen Fehlanreiz aufs Spiel gesetzt werden.

Für die unterzeichnenden Unternehmen

Bernhard Albrecht, Co-CEO ProSiebenSat.1 PULS 4 Gruppe

Alexander Winheim, Head of Corporate Affairs & Communication, ServusTV/Red Bull Media House

Caterina Preti, Managing Director Sky Österreich

Niki Fellner, Geschäftsführer oe24.TV

Peter Kail, CEO CANAL+ Österreich

Kontakt: office@voep.at